

Thema der Woche

Rabmer-Koller: Kommissions-Initiative für Start-ups und Scale-ups muss alle KMU unterstützen

In Kürze

Parlamentarier teilen Ratsposition für mehr Steuertransparenz
Plenum stimmt überambitionierter Einigung zur NEC-Richtlinie zu
Europäisches Parlament lehnt Prüfung von CETA ab

Neues aus der Kommission

Maßnahmenpaket zu Unternehmensinsolvenzen vorgeschlagen
Reformbedarf beim Zugang zum europäischen Güterkraftverkehrsmarkt
Kommission präsentiert Bankenreformpaket
Einigung zur Konfliktmineralien-Verordnung
Wie sollten UN-Nachhaltigkeitsziele in der Union umgesetzt werden?

Neues aus dem Rat

Bildungsminister nehmen Entschließung zu einer neuen Agenda für Kompetenzen an

Neues aus dem Gerichtshof der EU

Zugang zu Informationen in Umweltangelegenheiten trotz Geschäfts- und Betriebsgeheimnis

Neues aus anderen Bereichen

Buch „25 Ideen für Europa“ – 25 Jahre Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Klimakonferenz: Vertragsparteien erkennen, dass Klimawandel nur im Gleichschritt bekämpft werden kann

Statistik der Woche

Nachhaltigkeitsziele: Wo steht die EU?

Jobs+Jobs+Jobs

LISA sucht Release Manager/Head of Production - Applications Support Sector
Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht General Affairs Assistant

Veranstaltungen

„Der Verordnungsvorschlag zum Geoblocking“ – Geeignetes Mittel zur Ankurbelung des E-Commerce?, Paneldiskussion am 5. Dezember
WKÖ-Round-Table zu Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik in Brüssel

EU-Agenda

EU-Kommission: 2191. Sitzung am 30. November 2016

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Avenue de Cortenbergh 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Rabmer-Koller: Kommissions-Initiative für Start-ups und Scale-ups muss alle KMU unterstützen

„Ein schnelles Wachstum im Binnenmarkt ist für Europas KMU nicht leicht zu erreichen. Der Zugang zu Finanzierung und Bürokratie sind ihre größten Hindernisse“, erklärte Ulrike **Rabmer-Koller**, Präsidentin des Europäischen KMU- und Handwerksverbands UEAPME und Vizepräsidentin der WKÖ, zur von der Europäischen Kommission vorgestellten **Initiative** für Start-ups und expansive Unternehmen (sog. Scale-ups). Ziel der Initiative ist es, Europas Unternehmen – und vor allem KMU – bei ihrer Gründung und ihrem Wachstum unter die Arme zu greifen.

Die Kommission zeigt die Hindernisse auf, die KMU etwa durch komplexe nationale Steuersysteme sowie den schwierigen Zugang zu Finanzmitteln bremsen. „Expansive Unternehmen stehen aufgrund ihrer Fähigkeit, viele neue Arbeitsplätze zu schaffen, zu Recht im Mittelpunkt der Initiative. Dennoch dürfen die anderen Unternehmen nicht vergessen werden. Auch sie schaffen Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze und sind unverzichtbar für den Erfolg des europäischen Wirtschaftsstandortes“, so Rabmer-Koller.

„Wir erwarten konkrete Maßnahmen zur tatsächlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU. Beispielsweise ist der bereits vorgelegte EU-Vorschlag zu Geoblocking eindeutig kontraproduktiv, wenn es darum geht, KMU den Zugang zum Binnenmarkt zu erleichtern. Gerade auch überbordende Verbraucherschutzrechte halten Unternehmen davon ab, grenzüberschreitend tätig zu sein“, betont Rabmer-Koller. Ein Händler kann nicht gezwungen sein, ein Produkt jedem Konsumenten zu verkaufen. Das Prinzip der Vertragsfreiheit muss erhalten bleiben.

Viele KMU – und besonders expandierende Scale-ups – kämpfen zudem mit unterentwickelten Kapitalmärkten. Regionalbanken sind die wichtigste Finanzierungsquelle für KMU. Für lokale Banken mit niedrigeren systemischen Risiken sollten daher verhältnismäßigere Regeln gelten. Die Kommission und die Europäische Investitionsbank-Gruppe wollen zur Verbesserung der Finanzierung einen europaweiten Risikokapitaldachfonds ins Leben rufen. Dabei stellt die EU mit bis zu 400 Millionen Euro die Ankerinvestitionen. Fondsmanager sollen mindestens dreimal so viel aus privaten Quellen einbringen. Somit lässt sich eine Risikokapital-Finanzierung von mindestens 1,6 Milliarden Euro mobilisieren.

Weiters möchte die Initiative Hilfestellung bei der Bewältigung der Regulierungsanforderungen bieten, und für eine bessere Unterstützung von Innovatoren durch Reformen des Programms Horizont 2020 und die Förderung von Ökosystemen, in denen Start-ups mit potenziellen Partnern wie Investoren, Universitäten, Forschungszentren und Geschäftspartnern in Kontakt kommen können, sorgen. Diese Ideen sind nun in die Tat umzusetzen. Wichtig ist bei allen Maßnahmen, kein Unternehmen zurückzulassen.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis

Parlamentarier teilen Ratsposition für mehr Steuertransparenz

Das Europäische Parlament unterstützt in einer **Entschließung** die **Position des Rates** zur **Überarbeitung der Richtlinie** über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung. Durch diese sollen **Steuerbehörden auf Informationen aus der Geldwäschebekämpfung zugreifen** können. Dadurch wird der Verknüpfung zwischen Geldwäsche und Steuerhinterziehung Rechnung getragen. Die Richtlinie wird die Mitgliedstaaten verpflichten, den Zugang zu Informationen über das wirtschaftliche Eigentum von Unternehmen zu ermöglichen. Die WKÖ begrüßt grundsätzlich Transparenzmaßnahmen, die einen Beitrag zur Eindämmung von Steuerbetrug leisten. Wichtig ist dabei aber auch, dass **keine überschießenden finanziellen und administrativen Belastungen geschaffen und der Schutz von Geschäftsgeheimnissen gewahrt** wird.

Plenum stimmt überambitionierter Einigung zur NEC-Richtlinie zu

Das **Plenum des Europäischen Parlaments** hat diese Woche die in den letzten Stunden der niederländischen Ratspräsidentschaft gegen den Willen Österreichs erreichte **Trilogieeinigung in Bezug auf die Überarbeitung der sogenannten „NEC-Richtlinie“ angenommen**. Diese bestimmt je Mitgliedstaat neue **Emissionshöchstmengen** (NEC = National Emission Ceilings) für die folgenden fünf Luftschadstoffe: Schwefeldioxid (SO₂), Stickoxide (NO_x), flüchtige organische Verbindungen (NMVOC), Ammoniak (NH₃), Feinstaub (PM_{2,5}). Kern der lange bestehenden Uneinigkeiten zwischen den Trilogparteien war lange Zeit die konkrete Bemessung der **Emissionsobergrenzen**, bzw. die damit in Zusammenhang stehenden Gesundheitseffekte. **Österreich** wurden im Zuge der Verteilung der Reduktionsverpflichtungen **überaus scharfe Werte** zugeteilt. Besonders kritisch für Österreichs Wirtschaft sind beispielsweise die Verpflichtungen bis 2030 (im Vergleich zu 2005) den Ausstoß von **Stickoxiden um 69 Prozent**, sowie die **Feinstaubemissionen um 46 Prozent zu reduzieren**. Diese praktisch unerreichbaren Reduktionsverpflichtungen werden nach deren Inkrafttreten wie ein Damoklesschwert über dem Wirtschaftsstandort Österreich hängen.

Europäisches Parlament lehnt Prüfung von CETA ab

Das **Europäische Parlament** hat am 23. November einen **Entschließungsantrag**, in dem die **Prüfung des Abkommens** zwischen Kanada und der Europäischen Union über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (**CETA**) durch den Europäischen Gerichtshof gefordert wurde, **abgelehnt**. Konkret hätte sich dem Entschließungsantrag zufolge der Gerichtshof mit der Frage der Kompatibilität der im Abkommen vorgesehenen Investitionsschutzbestimmungen sowie des neu geschaffenen Streitbeilegungsmechanismus für Investitionsstreitigkeiten mit den EU-Verträgen auseinandersetzen sollen. In weiterer Folge steht nun einer Abstimmung über das Abkommen im Ausschuss für Internationalen Handel am 5. Dezember sowie im Plenum im Dezember 2016 oder Januar 2017 nichts mehr im Wege.

Inhaltsverzeichnis

Neues aus der Kommission

Maßnahmenpaket zu Unternehmensinsolvenzen vorgeschlagen

Die Europäische Kommission hat am Dienstagnachmittag ein **europäisches Maßnahmenpaket zu Unternehmensinsolvenzen** vorgelegt. Die vorgeschlagene Richtlinie konzentriert sich auf drei Elemente: Gemeinsame Grundsätze für die Verwendung von **Rahmen für eine frühe Umstrukturierung** sollen Unternehmen helfen, ihre Tätigkeit fortzusetzen und Arbeitsplätze zu erhalten. Die Bestimmungen sollen nach Intention der Kommission **Unternehmern eine „zweite Chance“ geben**, da sie nach einem Zeitraum von höchstens drei Jahren eine vollständige Schuldenbefreiung erhalten sollen. Gezielte Maßnahmen sollen die Mitgliedstaaten anhalten, die **Effizienz der Insolvenz-, Umstrukturierungs- und Schuldenbefreiungsverfahren zu erhöhen**.

Österreich hat ein sehr unternehmensfreundliches Insolvenzrecht. Die WKÖ wird den nun vorliegenden Vorschlag der Kommission genau prüfen. Es stellt sich u.a. die Frage, wie die Kommission überhaupt ihre Kompetenz in diesem Bereich begründet. Die bisherigen Ausführungen der Kommission führen dazu, dass die von der Kommission angestrebte **sog. „zweite Chance“ abzulehnen ist. Wichtig ist, möglichst frühzeitig die Instrumente eines Insolvenzverfahrens zu benützen.** Dagegen sind Antragsverzögerungen im Wissen, dass sowieso keine Voraussetzungen für Entschuldungen gegeben sind, äußerst schädlich für die Gläubiger. Derartige Maßnahmen sind daher nachdrücklich abzulehnen.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis

Reformbedarf beim Zugang zum europäischen Güterkraftverkehrsmarkt erkannt

In Form von sogenannten „**inception impact assessments**“ informiert die Europäische Kommission Interessensträger zu laufenden Vorhaben, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich konstruktiv einzubringen. In einem entsprechenden Dokument, welches gestern veröffentlicht wurde, wird auf aktuelle **Probleme in Bezug auf den Zugang zum europäischen Güterkraftverkehrsmarkt** eingegangen. Der **inkonsistente und ineffiziente Vollzug** des bestehenden Rechts sowie eine **unterschiedliche Interpretation** einschlägiger europäischer Normen werden als Hauptursache dafür gesehen, dass es **innerhalb der EU immer noch keine gleichen Wettbewerbsbedingungen zwischen Transportunternehmen** unterschiedlicher Mitgliedstaaten gibt.

Der Kommission schweben momentan mehrere Maßnahmen vor, die einzeln oder kombiniert im zweiten Quartal des kommenden Jahres vorgeschlagen werden könnten. Diese Aktionen lassen sich grob in drei Gruppen untergliedern:

- Erstens handelt es sich um **Maßnahmen, die den Vollzug effektiver gestalten sollen.** Dazu zählen die Überarbeitung der Kriterien für eine „**tatsächliche und dauerhafte Niederlassung**“, um wirksam gegen Briefkastenfirmen vorzugehen oder die Einführung einer Mindestanzahl an Überprüfungen der Einhaltung der Kabotagevorschriften.

- Zweitens denkt die Kommission darüber nach, die bestehenden **Regeln so zu überarbeiten, dass sie klarer und leichter verständlich werden**. Auch in diesem Bereich werden Regelungen zur Kabotage als reformbedürftig angesehen.
- Zuletzt ortet die Kommission die **Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten**. Zu diesem Zweck wird beispielsweise angedacht, die nationalen Risiko-Bewertungssysteme für andere Mitgliedstaaten zu öffnen.

Aus Sicht der WKÖ hat die Kommission **bestehende Probleme richtig erkannt**. Gerade im Transportsektor, in dem grenzüberschreitendes Agieren auf der Tagesordnung steht, ist eine **Harmonisierung der Normen dringend notwendig**. Aus diesem Grund **fordert die Wirtschaft klare und bindende Regeln**, die in den Mitgliedstaaten einheitlich angewendet werden und Letzteren möglichst wenig Spielraum geben, zusätzliche Erfordernisse bzw. strengere Regeln zu erlassen.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

Inhaltsverzeichnis

Kommission präsentiert Bankenreformpaket

Die Kommission hat am 23. November ein **umfassendes Paket zur Reform des EU-Bankensektors** vorgestellt. Dieses wurde bereits im November des vergangenen Jahres in der **Mitteilung der Kommission „Auf dem Weg zur Vollendung der Bankenunion“** angekündigt. Auch der ECOFIN-Rat unterstrich in seinen **Schlussfolgerungen** vom 17. Juni die Wichtigkeit der geplanten Vorhaben und forderte die Kommission auf, die Entwürfe so bald wie möglich, spätestens jedoch bis Ende 2016 vorzulegen.

Die Vorschläge sollen die aufgrund der Finanzkrise gestarteten Reformen des Finanzregulierungssystems ergänzen und noch nicht umgesetzte Maßnahmen weiter vorantreiben. Banken sind die Hauptfinanzierungsquelle für Unternehmen und dienen der Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Daher ist ihre Stabilität und Widerstandsfähigkeit von großer Bedeutung für die Wirtschaft.

Das Paket beinhaltet **Änderungen der Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV) und der Eigenkapitalverordnung (CRR)** sowie der **Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD)** und der **Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRMR)**.

Die Vorschläge betreffen unter anderem **Änderungen hinsichtlich der Eigenkapitalanforderungen**, wie die Einführung einer verbindlichen Verschuldungsquote (Leverage Ratio, LR; diese stellt das Kernkapital einer Bank in Beziehung zu ihrem Gesamtengagement) und einer verbindlichen strukturellen Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR; dies ist das Verhältnis der tatsächlichen, stabilen, dauerhaft verfügbaren Finanzierung zu der erforderlichen stabilen Refinanzierung) sowie risikosensiblere Kapitalanforderungen in Bezug auf Großkredite und das Marktrisiko. Des Weiteren ist im **Abwicklungsbereich** die Einbindung der sogenannten Gesamtverlustabsorptionsfähigkeit (Total Loss Absorbing Capacity, TLAC) in die bereits bestehende und für alle Banken geltende Mindestanforderung an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for Eligible Liabilities, MREL) vorgesehen. Zusätzlich soll auf das Thema der **Proportionalität** stärker eingegangen werden. Hier sind unter anderem Vereinfachungen der Offenlegungs- und Berichterstattungsvorschriften für kleinere, weniger komplexe Banken sowie Verbesserungen bei der Kreditvergabe an KMU und Erleichterungen bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten angedacht.

Der Legislativvorschläge werden nun dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Prüfung und Annahme vorgelegt.

Die WKÖ wird das umfassende Paket einer ausführlichen Prüfung unterziehen. Vor allem die nicht ausreichenden Vorschläge zur Proportionalität werden jedoch kritisch gesehen.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Einigung zur Konfliktmineralien-Verordnung

Nach Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und Europäischem Parlament konnte nun eine **Einigung hinsichtlich eines Rahmens zur Unterbindung der Finanzierung bewaffneter Gruppen durch den Handel mit Mineralien aus Konfliktgebieten (Konfliktmineralien)** erzielt werden. Dadurch sollen EU-Unternehmen Zinn, Tantal, Wolfram und Gold, die auch für die Produktion von Gebrauchsgegenständen wie beispielsweise Mobiltelefonen, Fahrzeugen und Schmuck verwendet werden, auf verantwortungsvolle Weise beschaffen.

Durch die **Verordnung** soll die **verantwortungsvolle Gewinnung** für mehr als 95 Prozent der erwähnten Mineralien gewährleistet und **verpflichtende Sorgfaltspflichten für den „vorgelagerten“ Teil des Produktionsprozesses**, also die Mineraliengewinnung und -raffination, **ab dem 1. Januar 2021** geschaffen werden. Unternehmen können sich durch eine Erklärung an die zuständige Behörde, dass sie besagten Sorgfaltspflichten folgen, als verantwortungsvolle Importeure deklarieren lassen. Eine Liste dieser Importeure soll in weiterer Folge dann von der Kommission veröffentlicht werden. Darüber hinaus sieht die Kommission eine Reihe weiterer Regeln zur **Verbesserung der Sorgfaltspflicht von „nachgelagerten“ EU-Unternehmen** in der Lieferkette, also von Unternehmen, die die betreffenden Metalle und Mineralien bei der Herstellung ihrer Waren verwenden, vor. KMU sollen durch Begleitmaßnahmen unterstützt werden. Die Verordnung muss nun von Rat und Europäischem Parlament noch endgültig formal angenommen werden.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Inhaltsverzeichnis

Wie sollten UN-Nachhaltigkeitsziele in der Union umgesetzt werden?

Im Rahmen der Vereinten Nationen wurde im September 2015 die „**Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung**“ samt ihren **17 Zielen für nachhaltige Entwicklung** – besser bekannt als „Sustainable Development Goals“ – beschlossen (siehe auch unter „Statistik der Woche“).

Die Europäische Kommission hat diese Woche in Form von drei Mitteilungen ihre Überlegungen dazu präsentiert, wie diese **17 Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Europäischen Union umgesetzt** werden sollten. Die erste **Mitteilung zu den nächsten Schritten für eine nachhaltige europäische Zukunft** zeigt auf, wie die zehn Prioritäten der „Juncker-Kommission“ zur Umsetzung der 2030 Agenda beitragen. Zudem ist darin aufgeführt, wie die EU künftig die Ziele für nachhaltige Entwicklung erreichen will. Mit Fokus auf den **Zeithorizont bis zum Jahr 2020**, sollten die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in den Initiativen der Kommission Berücksichtigung finden.

Um deren konkrete Umsetzung messbarer zu machen, sollten im Jahr **2017** dafür **adäquate Indikatoren präsentiert** werden. Ferner möchte die Kommission ab 2017 **regelmäßig über ihre diesbezüglichen Fortschritte berichten**. Darüber hinaus plant sie, eine **Plattform** aufzusetzen, um die auf diesem Gebiet maßgeblichen Interessenträger zusammenzubringen und so den **Austausch von einschlägigem Wissen und bewährten Praktiken** zu fördern.

Für den über das Jahr 2020 hinausgehenden Zeitraum regt die Kommission an, bereits jetzt Überlegungen anzustellen, um die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele auch langfristig zu gewährleisten.

Eine zweite **Mitteilung** beschreibt die Neuausrichtung der EU-Partnerschaften mit den Ländern Afrikas, des Karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans als Fortführung der 2020 auslaufenden Cotonou-Abkommen; die dritte **Mitteilung** umfasst die Rahmenbedingungen für die künftige entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit anderen EU-Institutionen und den EU-Mitgliedstaaten.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Rat

Bildungsminister nehmen EntschlieÙung zu einer neuen Agenda für Kompetenzen an

Am Montag hat **der Rat in seiner Formation der für Bildungspolitik zuständigen Minister** bei seiner Tagung eine **EntschlieÙung zu einer neuen Agenda für Kompetenzen verabschiedet**. Darin reagiert er auf die **gleichnamige Rahmenmitteilung der Kommission** und nennt die wichtigsten Aspekte die für seine weitere Arbeit in diesem Bereich maßgeblich sein werden. In der EntschlieÙung wird unter anderem betont, dass die **Schaffung von nahtlosen Übergängen von der Bildungswelt in den Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung** ist um das individuelle Talent jedes Menschen bestmöglich zu fördern und dessen Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen, was aus Sicht der WKÖ zu begrüÙen ist.

Darüber hinaus **erzielte** der Rat vor dem Hintergrund der von der Kommission vorgeschlagenen **Kompetenzgarantie** eine **politische Einigung über** eine Empfehlung für eine sog. „neue Chancen für Erwachsene“, wodurch die Initiative der Kommission eine Umbenennung erfährt. Sie sieht vor, dass geringqualifizierte Erwachsene die Möglichkeit erhalten, die Fähigkeiten, Kenntnisse und Kompetenzen zu erwerben, die sie für den Arbeitsmarkt und eine aktive Beteiligung an der Gesellschaft benötigen.

Die im Juni dieses Jahres von der **Kommission** verabschiedete „Neue europäische Agenda für Kompetenzen“ weist auf die strategische Bedeutung von Kompetenzen für die Nachhaltigkeit von Arbeitsplätzen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit hin und legt die bildungspolitischen Arbeitsprioritäten der Kommission für die nächsten Jahre fest. Besonders **begrüÙenswert** ist aus Sicht der WKÖ, dass darin unter anderem der **Ausbau von Formen des arbeitsplatzbasierten Lernens, wie beispielsweise dualer Ausbildung empfohlen wird**. Damit greift die EU-Kommission ein langjähriges Anliegen der WKÖ und von EUROCHAMBRES auf, für welches sich insbesondere Martha Schultz, Vizepräsidentin der WKÖ und von EUROCHAMBRES, in den vergangenen Jahren stark eingesetzt hat.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Gerichtshof der EU

Zugang zu Informationen in Umweltangelegenheiten trotz Geschäfts- und Betriebsgeheimnis

Der Europäische Gerichtshof hat diese Woche in zwei Rechtssachen – wenn auch unterschiedlichen Sachverhalts – zum Zugang zu Dokumenten in Umweltangelegenheiten geurteilt.

Im Fall **Stichting Greenpeace Nederland und Pesticide Action Network Europe (PAN Europe) gegen die Europäische Kommission** wurde von den beiden NGOs, basierend auf dem Übereinkommen von Aarhus bzw. den Regelungen zum Zugang zu Dokumenten der Verordnungen (EG) 1049/2001 und (EG) 1367/2006, Informationen zur Erstgenehmigung des Unkrautbekämpfungsmittels Glyphosat angefordert. Konkret wollte Greenpeace und PAN Europe Zugang zum Bewertungsbericht von Deutschland sowie einer Liste der Tests nach der EU-Pflanzenschutzmittelrichtlinie und zu entsprechenden Originalunterlagen beispielsweise bei Testungen in Bezug auf Kanzerogenität. **Die Kommission gewährte diesen Zugang mit Ausnahme eines Teils des Berichtsentwurfs von Deutschland.** Begründet wurde diese Ablehnung damit, dass dieser Teil vertrauliche Informationen über die Vertragsbeziehungen zwischen den Antragstellern, genaue chemische Zusammensetzung sowie genaue Information zum Herstellungsverfahren des Stoffes enthalte. **Eine Verbreitung derartiger Informationen könnte zu erheblichen Verlusten für die jeweiligen Unternehmen führen** bzw. deren geschäftliche Interessen beeinträchtigen. **Dagegen erhoben die beiden NGOs Klage, der stattgegeben wurde.** Das aus dem Grund, da das in Frage stehende Dokument Informationen zu Emissionen in die Umwelt enthalte, sodass der Zugang erteilt hätte werden müssen und die Kommission sich nicht auf den Schutz von Betriebsgeheimnissen stützen könne. Die Kommission hat in der weiteren Folge wiederum beim Gerichtshof Aufhebung beantragt.

In der Rechtssache **C-442/14** ging eine niederländische Stiftung zum Schutz von Bienen, **Bijenstichting**, gegen die niederländische Behörde zur Genehmigung von Biozidprodukten (CTB) vor und beantragte Zugang zu Dokumenten bezüglich der Zulassung von Biozidprodukten und Pflanzenschutzmitteln hauptsächlich von Bayer CropScience SA-NV. **Bayer widersprach der Offenlegung aus Gründen von Geschäftsgeheimnissen.** CTB erlaubte die Offenlegung von **35 aus 84 Dokumenten** unter dem Aspekt, dass sie Informationen über Emissionen in die Umwelt enthielten. Gemäß der EU-Richtlinie 2003/4/EG über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, dürfe der Schutz von Geschäftsgeheimnissen nicht der Offenlegung solcher Informationen entgegengehalten werden. **Bijenstichting als auch Bayer fochten die Entscheidung von CTB an** woraufhin in weiterer Folge der Europäische Gerichtshof angerufen wurde.

Der Gerichtshof musste nun in beiden Rechtssachen klären was unter “(Information über) Emissionen in die Umwelt” bzw. “Informationen, die Emissionen in die Umwelt betreffen” gemeint ist. Dazu führte der EuGH zunächst aus, welche Emissionen, also nicht nur Emissionen aus Industrieanlagen sondern beispielsweise auch Emissionen, die durch das Absprühen eines Pflanzenschutzmittels/Biozidprodukts entstehen, erfasst sind. Zudem stellte er fest, dass nicht nur Informationen über tatsächliche Emissionen, sondern auch Informationen in Bezug auf vorhersehbare Emissionen (aber nicht hypothetische Emissionen, wie Daten aus Testungen mit höheren Dosen als erlaubt) erfasst sind. **Der EuGH bestätigte mit seiner Auslegung heute, dass die Europäische Kommission oder nationale Behörden Informationen in Umweltangelegenheiten, wie beispielsweise hier den Zugang zu Bewertungsberichten, nicht unter Berufung auf den Schutz des Geschäfts- und Betriebsgeheimnisses verweigern können.**

Ansprechpartnerin: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis

Neues aus anderen Bereichen

Buch „25 Ideen für Europa“ – 25 Jahre Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) begeht heuer ihr 25-jähriges Bestehen und präsentiert zu diesem Anlass „25 Ideen für Europa“, eine Buchpublikation mit konstruktiven Konzepten für die Zukunft Europas.

„Das 25jährige Jubiläum ist für uns weniger Grund zur Rückschau, als vielmehr Anlass für einen Blick nach vorne. Mit der Buchpublikation wollen wir einen weiteren Beitrag für eine offene und konstruktive Diskussion europäischer Entwicklungen leisten. Dazu haben wir Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten Fachgebieten um ihre Einschätzungen und Ideen zu den aktuellen Herausforderungen und der Zukunft Europas gebeten.“

Dem Ruf gefolgt sind folgende Europadenkerinnen und -denker aus Wissenschaft und Praxis: Karl Aiginger, Kathrin Bachleitner, Wolfgang Böhm, Vedran Dzihic, Walter Feichtinger, Erich Foglar, Leonore Gewessler, Ulrike Guérot, Cengiz Günay, Gottfried Haber, Elisabeth Hagen und Michael Landesmann, Oliver Huber, Rudi Kaske, Gerald Knaus, Johannes Kopf, Stefan Lehne, Christoph Leitl, Gerhard Mangott, Ewald Nowotny, Anton Pelinka, Sonja Puntscher Riekman, Verena Ringler und Martin Mayer, Margit Schratzenstaller, Hermann Schultes und Melanie Sully. Die Publikation ist ab sofort als kostenloses E-Book online abrufbar.



Ansprechpartner: Christian Mandl

Inhaltsverzeichnis

Klimakonferenz: Vertragsparteien erkennen, dass Klimawandel nur im Gleichschritt bekämpft werden kann

Nachdem Anfang November das Pariser Klimaschutz-Abkommen rechtlich in Kraft getreten ist, haben sich 196 Vertragsstaaten vom 7. bis 18. November in Marrakesch zur diesjährigen Klimakonferenz getroffen. Der Schwerpunkt dieses Zusammentreffens war darauf gerichtet, den Weg für die im Vorjahr erzielte Einigung – mit dem langfristigen Ziel, die globale durchschnittliche Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit deutlich unter 2° Celsius zu halten – zu bereiten.

Mit der sogenannten „Marrakech Action Proclamation“ bekräftigte die Staatengemeinschaft, gegen den Klimawandel kämpfen zu wollen, und das auf höchster politischer Ebene, sowie weiterhin eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Das bestehende Momentum müsse, so die Meinung vieler Teilnehmer, genützt und fortgesetzt werden.

Um die Implementierung des Klimaschutzabkommens von Paris in geordnete Bahnen zu lenken, wurde mit der Erstellung eines Fahrplans begonnen. Erste Fortschritte gab es im Bereich der Transparenz der nationalen

Beiträge, womit diese besser miteinander vergleichbar werden sollen. Man einigte sich darauf, diesen **Umsetzungsplan bis 2018 zu finalisieren**.

Um **Synergien** bei der Umstellung auf eine kohlenstoffarme Entwicklung zu fördern, wurde eine eigene **Plattform** gegründet. Sie sollte dem **Austausch von Erfahrungen und best practice-Beispielen** sowie **finanziellen und technischen Unterstützung** von Staaten dienen, die bis 2050 ihre Wirtschaftssysteme dekarbonisieren wollen. Die Europäische Kommission ist bereits Mitglied dieser Plattform.

Auch dem Thema „**Klimafinanzierung**“ wurde in den Verhandlungen Raum gegeben, um zu diskutieren, wie ärmere Staaten, die zum Teil sehr stark von den Folgen des Klimawandels bedroht sind, dabei unterstützt werden können, diese Auswirkungen zu bewältigen und eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Die **Industriestaaten haben** in diesem Zusammenhang **ihre Zusage erneuert**, ab dem Jahr 2020 **jedes Jahr 100 Milliarden USD** zur Klimafinanzierung zu mobilisieren. Es wurde dabei klar zum Ausdruck gebracht, dass diese Mittel nicht ausschließlich aus öffentlichen Quellen kommen können, sondern dass man auch auf private Gelder angewiesen sein wird.

Für die WKÖ ist ein globales Kommitment zum Klimaschutz von entscheidender Bedeutung, um ein Level Playing Field zu gewährleisten. Die Rahmenbedingungen sind – nicht zuletzt durch die Zustimmung der EU – geschaffen. Nun gilt es in anderen Wirtschaftsräumen vergleichbare Vorgaben festzulegen, wie es sie in der EU gibt – die diesbezüglich im Fahrplan vorgesehene Transparenz sollte die Beurteilung, ob wirklich vergleichbare Zusagen gemacht werden, erleichtern.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

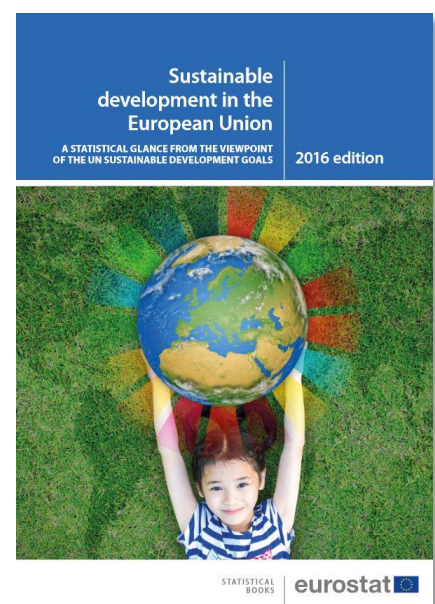
Inhaltsverzeichnis



Nachhaltigkeitsziele: Wo steht die EU?

Die neue **eurostat-Publikation** „Sustainable Development in the European Union – A statistical glance from the viewpoint of the UN Sustainable Development Goals“ gibt einen Überblick über den aktuellen Stand bei der Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele in der EU und ihren Mitgliedstaaten. Die Ziele stehen im Mittelpunkt der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, welche am 25. September 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde.

Die von der **Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Ziele für nachhaltige Entwicklung** sollen einen **weltweiten politischen Rahmen** bilden, um alle Formen der Armut bzw. Ungleichheiten zu bekämpfen und den Klimawandel in Angriff zu nehmen. Die eurostat-Publikation enthält für **51 Indikatoren** Daten für das letzte verfügbare Jahr für die gesamte Europäische Union und die einzelnen EU-Mitgliedstaaten sowie Trends (im Allgemeinen ab 2000) für die Gesamt-EU.



Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

LISA sucht Release Manager/Head of Production - Applications Support Sector

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) mit Sitz in Helsinki sucht:

Release Manager/Head of Production
Applications Support Sector
Ref.: eu-LISA/16/TA/AD6/14.1

Bewerbungen sind bis zum 5. Dezember 2016 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht General Affairs Assistant

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sucht:

General Affairs Assistant
Ref.: EASO/2016/CA/010, FG III

Bewerbungen sind bis zum 19. Dezember 2016 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

Veranstaltungen

„Der Verordnungsvorschlag zum Geoblocking“ – Geeignetes Mittel zur Ankurbelung des E-Commerce?, Paneldiskussion am 5. Dezember

Am Montag, dem 5. Dezember findet um 19 Uhr in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel eine Veranstaltung zum **Verordnungsvorschlag über Maßnahmen gegen Geoblocking** statt. **Der Verordnungsvorschlag soll – laut dessen Art 1 – einen Beitrag zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarktes leisten.** Das Ziel selbst findet wohl uneingeschränkt Zustimmung. Allerdings stellt sich die Frage, ob dies mit den vorgeschlagenen Maßnahmen erreichbar ist. So werden z.B. Sperrungen aber auch Beschränkungen des Zugangs zu Webseiten aufgrund des Wohnsitzes des Kunden verboten. Kunden, die Dienstleistungen (z.B. Hotelleriedienstleistungen) oder Waren in einem anderen Mitgliedstaat online oder vor Ort erwerben wollen, sollen nicht durch unterschiedliche Zugangsbedingungen diskriminiert werden.

Kann damit der zum Teil erhebliche Rückgang der Anzahl der Unternehmen, die E-Commerce als Vertriebsweg nutzen, aufgehoben und eine Ankurbelung des grenzüberschreitenden E-Commerce erreicht werden? Oder handelt es sich bei dem Vorschlag um ein „Trojanisches Pferd gegen die Vertragsfreiheit“ und

unverhältnismäßigen Eingriff in die durch Art. 16 GRC geschützte Unternehmerische Freiheit, der gerade das Gegenteil bewirken wird?

Diese und andere Fragen sollen im Rahmen der gemeinsam von der **Abteilung für Rechtspolitik und dem EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich** organisierten Veranstaltung erörtert werden. Vertreter der Kommission, des Europäischen Parlaments, des Rates und der Wirtschaft werden am Panel vertreten sein. Anmeldungen zur Veranstaltung sind noch bis zum 30. November 2016 per **E-Mail** möglich. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

WKÖ-Round-Table zu Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik in Brüssel

Am Montag, dem 12. Dezember 2016 um 19.00 Uhr wird in Brüssel der **18. „WKÖ-Round-Table zu Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik“** in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU stattfinden. Dieser bereits seit 1997 regelmäßig ausgerichtete Informations- und Diskussionsabend bildet auch in diesem Jahr wieder eine hervorragende Gelegenheit für ein interessiertes Fachpublikum aus Vertretern von EU-Institutionen, Organisationen, Rechtsanwaltskanzleien und Unternehmen, sich über aktuelle Entwicklungen im **österreichischen Kartellrecht** sowie über wettbewerbspolitische Eckpunkte zu informieren.

Ulrike Ginner, Referentin für Wettbewerbsrecht der Bundesarbeitskammer und Theodor Taurer, wettbewerbspolitischer Referent der Wirtschaftskammer Österreich – beide auch fachkundige Laienrichter beim Oberlandesgericht Wien als Kartellgericht – sowie Natalie Harsdorf, stellvertretende Leiterin der Geschäftsstelle der Bundeswettbewerbsbehörde, werden veranschaulichen, was sich an wichtigen neuen Entwicklungen ergeben hat: **Die angekündigte Reform des österreichischen Kartell- und Wettbewerbsrechts befindet sich nunmehr in der parlamentarischen Phase des Gesetzwerdungsprozesses.** Der Entwurf einer Kartellgesetznovelle 2016 soll bis Jahresende nicht nur die Richtlinie Schadenersatz bei Kartellverstößen umsetzen, sondern auch zahlreiche weitere, überwiegend verfahrensrechtliche, Verbesserungen für den Ablauf von Kartellverfahren in Österreich sichern. Im Hinblick auf die auf europäischer Ebene laufende **Diskussion um die Reform des Public Enforcements** wurde auf **Initiative der Sozialpartner ein erstes Netzwerktreffen** der österreichischen Kartellbehörden (Austrian Competition Network, ACN) einberufen, um mit der Europäischen Kommission die jüngsten Entwicklungen in diesem Bereich zu diskutieren.

Anmeldungen zum WKÖ-Round-Table sind noch bis zum 6. Dezember 2016 per **E-Mail** möglich. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Inhaltsverzeichnis

Voraussichtliche Themen der 2191. Sitzung am 30. November 2016:

Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit/Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

Mitteilung: Ein Europäischer Aktionsplan für die Verteidigung

Digitaler Binnenmarkt/Euro und Sozialer Dialog/Kapitalmarktunion/Steuern und Zoll

Mehrwertsteuerpaket:

- Verordnungsvorschlag zur Änderung der EU Verordnung 904/2010 über die Verwaltungszusammenarbeit und die Betrugsbekämpfung im Bereich der Mehrwertsteuer
- Vorschlag für eine Durchführungsverordnung des Rates zur Änderung der EU-Durchführungsverordnung 282/2011 über Durchführungsmaßnahmen zur Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem
- Richtlinienvorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie 2006/112/EG und der Richtlinie 2009/132/EG über gewisse Verpflichtungen im Bereich der Mehrwertsteuer die auf die Erbringung von Dienstleistungen und den Fernabsatz von Waren anwendbar sind
- Richtlinienvorschlag zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über die Mehrwertsteuersätze auf Bücher, Zeitungen und Zeitschriften

Energieunion/Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit/Klima und Energie/Verkehr/Forschung, Wissenschaft und Innovation

Paket „Saubere Energie“:

- Mitteilung: Saubere Energie für alle Europäer
- Steuerung der Energieunion: Verordnungsvorschlag über die Steuerung der Energieunion zur Änderung der Richtlinien 94/22/EG und 98/70/EG, 2009/31/EG, der Verordnungen 663/2009 EG, 715/2009 EG, der Richtlinien 2009/73/EG, 2009/119/EG, 2010/31/EU, 2012/27/EU, 2013/30/EU und 2015/652 EU sowie zur Aufhebung der Verordnung 525/2013 EU

Erneuerbare Energien:

- Richtlinienvorschlag zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung)

Energieeffizienz:

- Richtlinienvorschlag zur Änderung der Richtlinie 2012/27/EU über die Energieeffizienz
- Richtlinienvorschlag zur Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die Energieeffizienz von Gebäuden

Inhaltsverzeichnis

Neuorganisation des Elektrizitätsmarktes:

- Verordnungsvorschlag über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung)
- Verordnungsvorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulatoren (Neufassung)
- Verordnungsvorschlag zur Vorbereitung auf Notsituationen im Elektrizitätssektor und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/89/EG
- Richtlinienvorschlag über die gemeinsamen Regeln für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung)
- Mitteilung: Beschleunigung der Innovation im Bereich der sauberen Energien
- Mitteilung: Eine europäische Strategie für intelligente kooperative Transportsysteme, Grundstein für eine kooperative, vernetzte und automatisierte Mobilität

Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit

Mitteilung: Evaluierung des Europäischen Investitionsplans: Elemente zu seiner Stärkung

Inhaltsverzeichnis

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

28. November Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie

Der Ausschuss tagt.

28. November Ausschuss für internationalen Handel

Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zweck der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung

Beitritt zum Handelsübereinkommen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits betreffend den Beitritt Ecuadors

Einführung befristeter autonomer Handelsmaßnahmen für die Ukraine in Ergänzung der Handelszugeständnisse im Rahmen des Assoziierungsabkommens

Abschluss des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits

28.-29. November Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte im Hinblick auf den Geltungsbeginn

Öffentliche Anhörung zum Thema „Finanztechnologie: Einfluss der Technologie auf die Zukunft der Finanzbranche“

Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik

28.-29. November Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

EU-eGovernment-Aktionsplan 2016-2020

Vorschriften für Roamingvorleistungsmärkte

Öffentliche Anhörung zu dem Thema „Wie sieht die Zukunft der EU-Forschungspolitik aus: Bestandsaufnahme und Ausblick“

28.-29. November **Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz**

Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten - Prüfung der Kompromissänderungsanträge

Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

Verträge über Online-Warenhandel und andere Formen des Fernabsatzes von Waren

Legislative Kontrolle:

Ergebnisse des Gipfeltreffens 2016 der europäischen Verbraucher in Bezug auf die Eignungsprüfung des Verbraucher- und Vermarktungsrechts in der EU

29. November **Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz/Rechtsausschuss**

Verträge über die Bereitstellung digitaler Inhalte

28.-29. November **Rechtsausschuss**

Erläuterung des Forschungspapiers zum Thema „How an EU lifespan guarantee model could be implemented across the European Union?“ (Umsetzung eines europäischen Modells für eine garantierte Lebensdauer innerhalb der Europäischen Union)

Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zweck der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung

Verträge über Online-Warenhandel und andere Formen des Fernabsatzes von Waren

Auslegung und Umsetzung der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung

Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates über die Unionsmarke

Delegierte Verordnung zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates über die Unionsmarke und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2868/95 und (EG) Nr. 216/96 der Kommission

Grenzüberschreitende Portabilität von Online-Inhaltediensten im Binnenmarkt

Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten

Sicherheitsvorschriften und -normen für Fahrgastschiffe

Inhaltsverzeichnis

Anhörung - Urheberrechtsreform

Anhörung - Urheberrecht und Biotech-Richtlinie: aktuelle Fragen und künftige Entwicklungen

Anwendung der Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung von Umweltschäden und zur Sanierung der Umwelt („ELD“)

Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts

28.-29. November Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Durchführung der Richtlinie 2006/21/EG über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie und zur Änderung der Richtlinie 2004/35/EG

29. November Ausschuss für regionale Entwicklung

Investitionen in Beschäftigung und Wachstum - Maximierung des Beitrags der europäischen Struktur- und Investitionsfonds: Bewertung eines Berichts gemäß Artikel 16 Absatz 3 der Dachverordnung

29. November Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen

29. November Ausschuss für konstitutionelle Fragen

Europäisches Einlagenversicherungssystem

Inhaltsverzeichnis

Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

30. November

Abkommen zwischen den USA und der EU über den Schutz personenbezogener Daten bei Straftaten

Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 - alle Einzelpläne

Gemeinsame Aussprache - Überprüfung des MFR:
· Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020

Kürzlich erfolgte Übertragung der Verwaltung der IANA auf die weltweite Gemeinschaft der Internet-Nutzer im Oktober 2016 und anstehendes Internet Governance Forum in Mexiko (6. bis 8. Dezember 2016)

1. Dezember

Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 - alle Einzelpläne

Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte

Inhaltsverzeichnis

Tagungen des Rates

28. November **Auswärtige Angelegenheiten/Entwicklung**

Europäischer Konsens über die Entwicklungspolitik

Rahmen für die Zeit nach dem Cotonou-Abkommen

28.-29. November **Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt)**

Binnenmarkt und Industrie

- (ggf.) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (erste Lesung)
Interinstitutionelles Dossier: 2016/0152 (COD) = Allgemeine Ausrichtung

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

- "Check-up" der Wettbewerbsfähigkeit - Zustand der Realwirtschaft
- Binnenmarkt
 - Ein Jahr nach Annahme der Binnenmarktstrategie
 - Vorstellung der Start-up-Initiative
- Fertigstellung der Umsetzung und Inkrafttreten des Einheitlichen Patents und des Einheitlichen Patentgerichts

Sonstiges

- Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge
 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (erste Lesung),
Interinstitutionelles Dossier: 2016/0014 (COD)
 - ii) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden (erste Lesung)
Interinstitutionelles Dossier: 2016/0148 (COD), Informationen des Vorsitzes
- Mitteilung der Kommission über bestimmte Artikel der Richtlinie 98/44/EG über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen

- Bericht der KMU-Beauftragten
- Ergebnis der Konferenz zur kollaborativen Wirtschaft „Collaborative Economy Conference“, Brüssel, 15. November 2016)
- Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge
 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt (erste Lesung)
 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen (erste Lesung)
 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den grenzüberschreitenden Austausch von Kopien bestimmter urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände in einem zugänglichen Format zwischen der Union und Drittländern zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen (erste Lesung)
 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte zulässige Formen der Nutzung urheberrechtlich oder durch verwandte Schutzrechte geschützter Werke und sonstiger Schutzgegenstände zugunsten blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen und zur Änderung der Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (erste Lesung)
- Bedeutung der Industriepolitik im Arbeitsprogramm 2017 der Kommission = Informationen der deutschen Delegation
- Raumfahrt
Mitteilung der Kommission mit dem Titel „ Eine Luftfahrtstrategie für Europa“
- Sonstiges
 - Offene Wissenschaft
 - Leitinitiative zur Quantentechnologie
- Raumfahrt und Forschung
 - Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes = Informationen der maltesischen Delegation

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

29. November **Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C 434/15 Asociación Profesional Élite Taxi**

Uber in Spanien

Die Asociación Profesional Élite Taxi, eine Taxifahrervereinigung in Barcelona, hat Uber Systems Spain vor dem Handelsgericht Barcelona Nr. 3 auf Unterlassung verklagt. Sie ist der Meinung, dass Uber gegen Wettbewerbsrecht verstoße, weil weder Uber selbst noch die Inhaber und Fahrer der Fahrzeuge, denen das Unternehmen seine Kontakt-Plattform für innerstädtische Fahrten zur Verfügung stelle, die nötigen Lizenzen und Genehmigungen gemäß der Taxi-Verordnung des Verkehrsverbunds von Barcelona besäßen. Uber hingegen macht geltend, dass das Unternehmen keine genehmigungspflichtigen Verkehrsdienstleistungen anbiete, sondern genehmigungsfreie Dienstleistungen der Informationsgesellschaft. Das Handelsgericht Barcelona hat den Gerichtshof in diesem Zusammenhang um Auslegung der Richtlinie 2006/123 über Dienstleistungen im Binnenmarkt und der Richtlinie 2000/31 über den elektronischen Geschäftsverkehr ersucht. Es möchte insbesondere wissen, ob die von Uber gewerbsmäßig ausgeübte Tätigkeit der Vermittlung zwischen dem Halter eines Fahrzeugs und einer Person, die eine Fahrt im innerstädtischen Bereich benötigt, durch das Betreiben der elektronischen Mittel - Schnittstelle und Software-Anwendung (mit den Worten von Uber: „Smartphones und technologische Plattform“) -, die ihre Verbindung miteinander ermöglichen, als eine reine Verkehrsdienstleistung oder als Dienstleistung der Informationsgesellschaft anzusehen ist.

30. November

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 486/15 P Kommission / Frankreich und Orange

Maßnahmen Frankreichs zugunsten von France Télécom

Mit Entscheidung vom 2. August 2004 stellte die Kommission fest, dass ein Aktionärsvorschluss, den Frankreich 2002 der France Télécom (heute Orange) in Form einer Kreditlinie von 9 Milliarden Euro angeboten habe, im Zusammenhang mit den ab Juli 2002 abgegebenen Unterstützungserklärungen des Staates zugunsten der France Télécom eine mit dem Unionsrecht unvereinbare staatliche Beihilfe darstelle. Da jedoch die Auswirkungen dieser Beihilfe nach Ansicht der Kommission nicht genau bewertet werden konnten, ordnete sie nicht die Rückforderung der Beihilfe an. Das Gericht erklärte die Kommissionsentscheidung mit Urteil vom 21. Mai 2010 (Pressemitteilung **Nr. 48/10**) für nichtig, weil die Erklärungen der französischen Behörden trotz des France Télécom dadurch gewährten finanziellen Vorteils nicht als staatliche Beihilfen qualifiziert werden könnten, da tatsächlich keine staatlichen Mittel gebunden worden seien. Dieses Urteil des Gerichts hob der Gerichtshof mit Urteil vom 19. März 2013 auf (Pressemitteilung **Nr. 32/13**) und verwies die Rechts-sachen zur Entscheidung über die bei ihm vorgetragenen Argumente, über die das Gericht noch nicht entschieden hatte, an dieses zurück. Das Gericht erklärte mit Urteil vom 2. Juli 2015 (Pressemitteilung **Nr. 76/15**) die Kommissionsentscheidung erneut für nichtig. Gegen dieses zweite Urteil des Gerichts hat die Kommission ein Rechtsmittel beim Gerichtshof eingelegt, über das dieser heute entscheidet.

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Beschäftigung und Soziales

Offene öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des Programms der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI)
12.10.2016 - 11.01.2017

Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte
08.03.2016 - 31.12.2016

Besteuerung

Öffentliche Konsultation - Verbrauchsteuern auf Tabakwaren
17.11.2016 - 16.02.2017

Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und -intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien
10.11.2016 - 16.02.2017

Binnenmarkt

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der REACH-Verordnung im Rahmen von REFIT
28.10.2016 - 28.01.2017

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG
22.09.2016 - 16.12.2016

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Aufzugrichtlinie 95/16/EG
22.09.2016 - 16.12.2016

Zentraler digitaler Zugang
26.07.2016 - 21.11.2016

Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation der Interessenträger - Zwischenbewertung von Horizont 2020
20.10.2016 - 15.01.2017

Öffentliche Konsultation der Betroffenen über das Euratom- Forschungs- und Ausbildungsprogramm
20.10.2016 - 15.01.2017

Handel

Öffentliche Konsultation zu den politischen Optionen für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Qualität von wiederverwendetem Wasser in der Europäischen Union
28.10.2016 - 27.01.2017

Inhaltsverzeichnis

Fragebogen zu einer vertieften und umfassenden Freihandelszone mit Tunesien
21.11.2016 - 22.02.2017

Öffentliche Gesundheit

Öffentliche Konsultation zur Stärkung der EU-weiten Zusammenarbeit bei der Bewertung von Gesundheitstechnologie
21.10.2016 - 13.01.2017

Offene öffentliche Konsultation im Zusammenhang mit der Halbzeitbewertung des dritten Gesundheitsprogramms (2014-2020)
23.11.2016 - 23.02.2017

Klimaschutz

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie 75/324/EWG über Aerosolpackungen
30.09.2016 - 15.01.2017

Verkehr

Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Sozialvorschriften im Straßentransport
05.09.2016 - 11.12.2016

Wettbewerb

Bewertung von Verfahrens- und Zuständigkeitsaspekten der EU-Fusionskontrolle
07.10.2016 - 13.01.2017

Zoll

Öffentliche Konsultation über Regeln für die Einfuhr von Kulturgütern
28.10.2016 - 23.01.2017

Inhaltsverzeichnis